
forsa.

Max-Beer-Straße 2/4
10119 Berlin
Telefon 030. 628 82-0
info@forsa.de



Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241. 81- 815 00
www.bertelsmann-stiftung.de

Staatsverschuldung im Urteil der Bundesbürger

8. Dezember 2003

Umfrage im Rahmen der „Aktion Demographischer Wandel“
der Bertelsmann Stiftung (www.aktion2050.de)

Projektdesign

Durchführung:	forsa. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH
Auftraggeber:	Bertelsmann Stiftung
Befragungszeitraum:	12. bis 18. November 2003
Grundgesamtheit:	Deutschsprachige Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Auswahlverfahren:	Mehrstufige Zufallsauswahl
Nettostichprobengröße:	1.016 Befragte
Erhebungsmethode:	Telefonische Interviews (CATI)
Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte

Zusammenfassung: Hauptaussagen

- ➔ Jeder achte Befragte weiß nicht, dass der Staat dieses Jahr Schulden macht.
- ➔ Jeder vierte Bundesbürger kann keine Angabe zu der Höhe der Staatsverschuldung machen, 55 Prozent unterschätzen, 15 Prozent überschätzen sie. Lediglich sechs Prozent nennen eine Zahl zwischen 1 und 1,5 Billionen Euro.
- ➔ Vier von zehn Befragten trauen keiner Partei die Bewältigung des Verschuldungsproblems zu.
- ➔ Die Lösung des Schuldenproblems wird aus Sicht der Befragten in erster Linie in der Kürzung staatlicher Leistungen gesehen (v.a. Sozialleistungen, kommunale Leistungen und Verkehrsinfrastruktur, nicht aber Bildungsausgaben).
- ➔ 95 Prozent der Befragten befürworten eine klare und umfassende Rechenschaft von Bund, Länder und Gemeinden gegenüber der Öffentlichkeit über die jeweilige finanzpolitische Situation.
- ➔ 90 Prozent der Befragten fordern die Einrichtung einer finanziellen Folgenabschätzung in der Gesetzgebung.

Zusammenfassung: Erläuterung I

88 Prozent der Bundesbürger wissen, dass Bund, Länder und Gemeinden in diesem Jahr mehr Geld ausgeben werden als sie gleichzeitig einnehmen. Es ist also davon auszugehen, dass die Verschuldungsproblematik zumindest qualitativ in den Köpfen der Bundesbürger verankert ist. Zwei Drittel der Bundesbürger würden am ehesten die Einschränkung staatlicher Leistungen akzeptieren, um dieses Problem zu lösen. Nur jeder Fünfte würde stattdessen lieber die Steuern oder die Schulden erhöhen. Die Zustimmung zur Einschränkung staatlicher Leistungen ist überdurchschnittlich hoch in Haushalten mit hohem Einkommen, bei CDU/CSU- sowie FDP-Anhängern und in West-Deutschland.

Die Frage danach, welche staatlichen Leistungen eingeschränkt werden sollen, wird v.a. mit dem Hinweis auf die Sozialleistungen, die kommunalen Dienste und die Verkehrsinfrastruktur beantwortet. Nur sechs Prozent der Befragten würden bei den Ausgaben für Kindergärten, Schulen und Universitäten kürzen. Die Einschränkung von Sozialleistungen findet überdurchschnittlich hohe Zustimmung bei Haushalten mit hohem Einkommen, bei Anhängern von CDU/CSU und FDP und in West-Deutschland.

Elf Prozent der Befragten wollen statt einer Einschränkung staatlicher Leistungen bzw. der Aufnahme neuer Schulden eher die Steuern erhöhen. Von diesen befürwortet die Mehrheit Steuererhöhungen bei Erbschafts-, Vermögens-, Schenkungs- oder Unternehmenssteuern; eine Erhöhung der Sozialabgaben und der Einkommensteuer wird nur von wenigen gefordert.

Ein Viertel der Befragten traut sich keine Einschätzung über die Höhe der Gesamtverschuldung des Staates zu; mehr als die Hälfte der Befragten unterschätzt die aktuelle Staatsverschuldung. Hierbei zeigen sich insbesondere die Jüngeren schlechter informiert. Auch die Zinszahlungen der öffentlichen Hand für die Schulden werden deutlich unterschätzt.

Zusammenfassung: Erläuterung II

92 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass private Schulden mit höchster Priorität möglichst schnell wieder zurückgezahlt werden sollten, bei den öffentlichen Schulden befürworten dies 86 Prozent der Befragten. Die Zustimmung zum raschen Abbau öffentlicher Schulden ist dabei umso geringer, je höher der Grad der Schulausbildung ist.

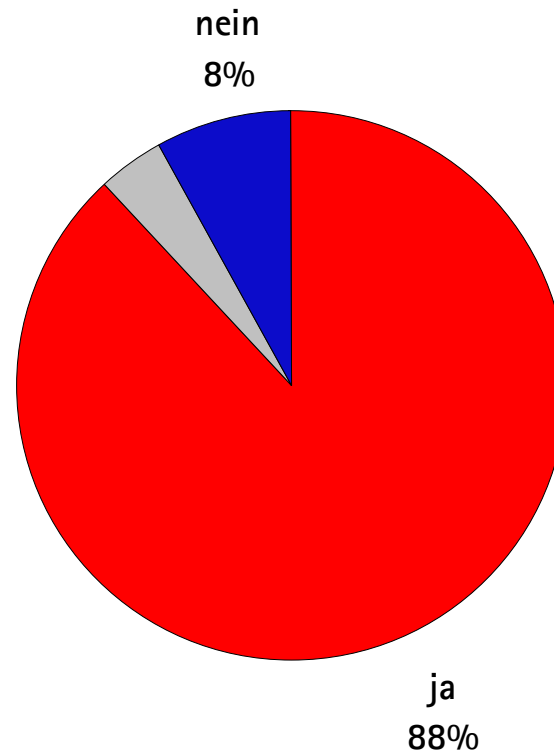
95 Prozent der Befragten befürworten zukünftig eine klare umfassende Rechenschaft von Bund, Länder und Gemeinden gegenüber der Öffentlichkeit über die jeweilige finanzpolitische Situation. 90 Prozent der Befragten befürworten eine finanzielle Folgenabschätzung bei neuen ausgabenwirksamen Gesetzen.

54 Prozent der Befragten wollen die Einrichtung von Volksentscheiden zur Kontrolle der öffentlichen Verschuldung. 38 Prozent befürworten ein verfassungsorientiertes Verbot der Aufnahme neuer zusätzlicher Schulden. Die Zustimmung zu diesen Maßnahmen ist unter Wählern der FDP, der CDU/CSU und bei Personen mit Hauptschulbildung am größten und unter Wählern der SPD bzw. von B90/Die Grünen sowie bei Personen mit Abitur am geringsten.

39 Prozent der Bundesbürger trauen keiner Partei die Bewältigung des Verschuldungsproblems zu; weitere sieben Prozent wissen nicht, für welche Partei sie sich in dieser Frage entscheiden würden. 37 Prozent der Befragten trauen CDU/CSU am ehesten die Lösung der Verschuldungsproblematik zu. Der vergleichbare Wert für die SPD liegt bei zehn Prozent.

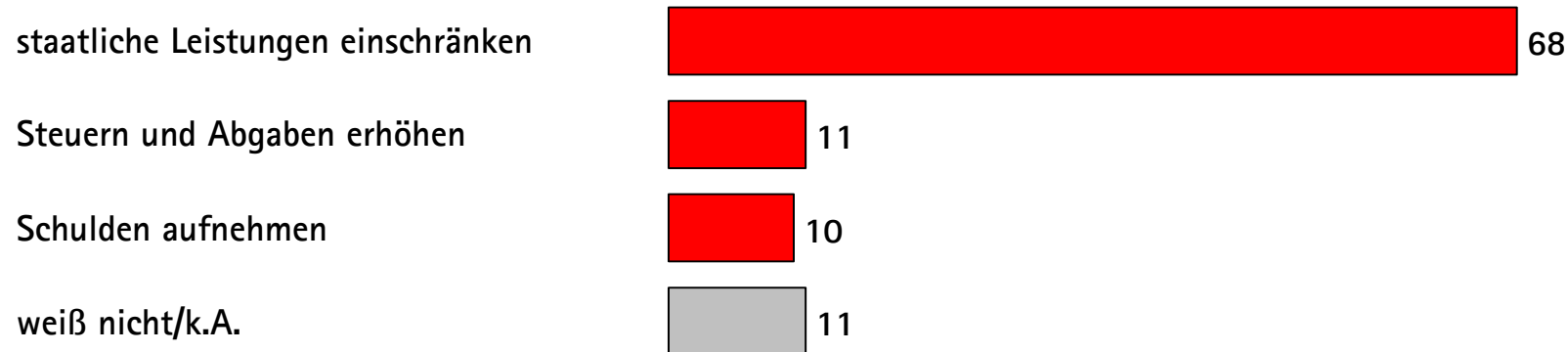
Ausgaben und Einnahmen des Staates

Geben Bund, Länder und Gemeinden in diesem Jahr mehr Geld aus, als sie über Steuern und Abgaben einnehmen?



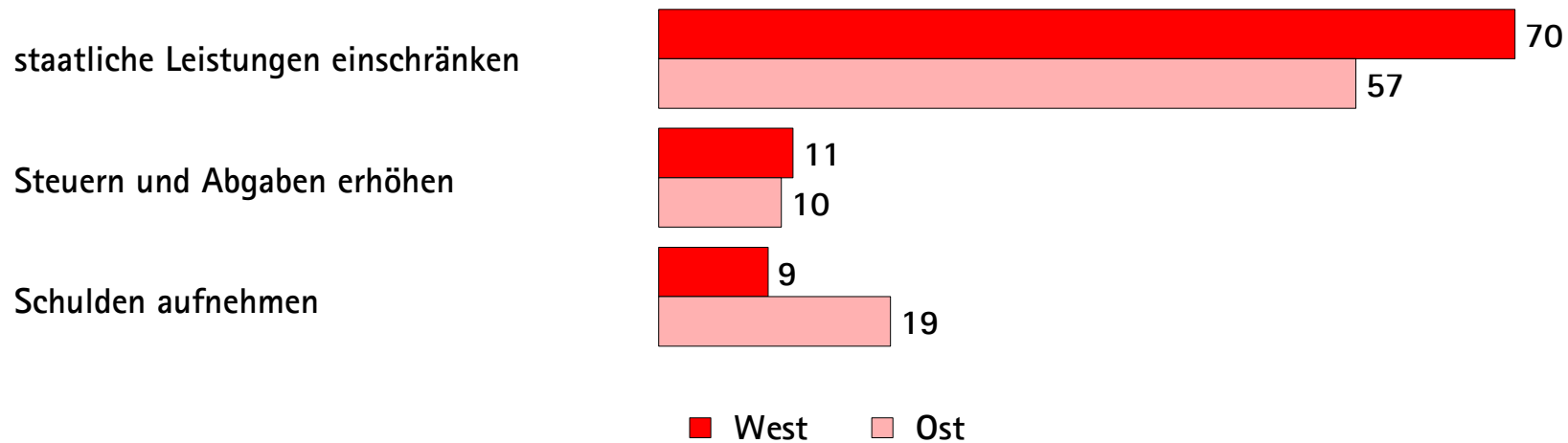
Akzeptanz von Lösungsmöglichkeiten: Gesamt

Welche der folgenden Möglichkeiten würden Sie am ehesten akzeptieren, um dieses Problem zu lösen?

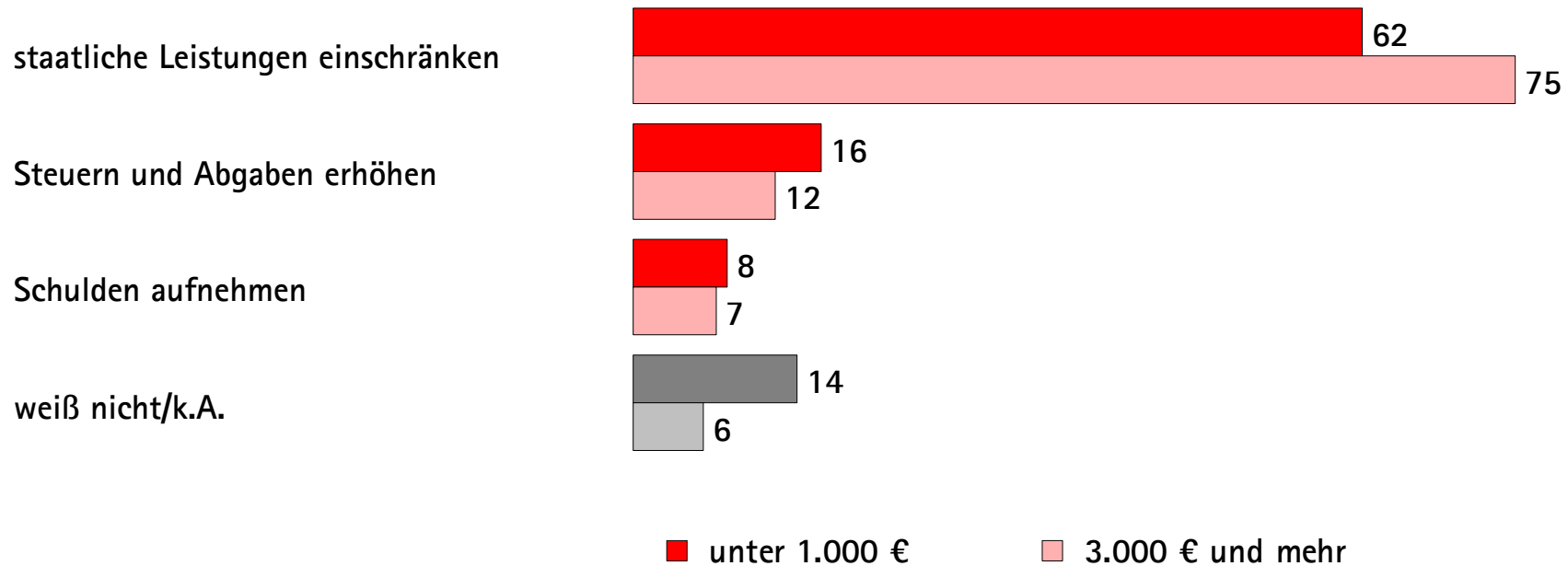


Basis: 1.016 Befragte (18+); davon 898 Befragte, die glauben, dass Bund, Länder und Gemeinden mehr Geld ausgeben, als sie einnehmen und 118 Befragte, die dies nicht glauben und denen diese Frage hypothetisch gestellt wurde

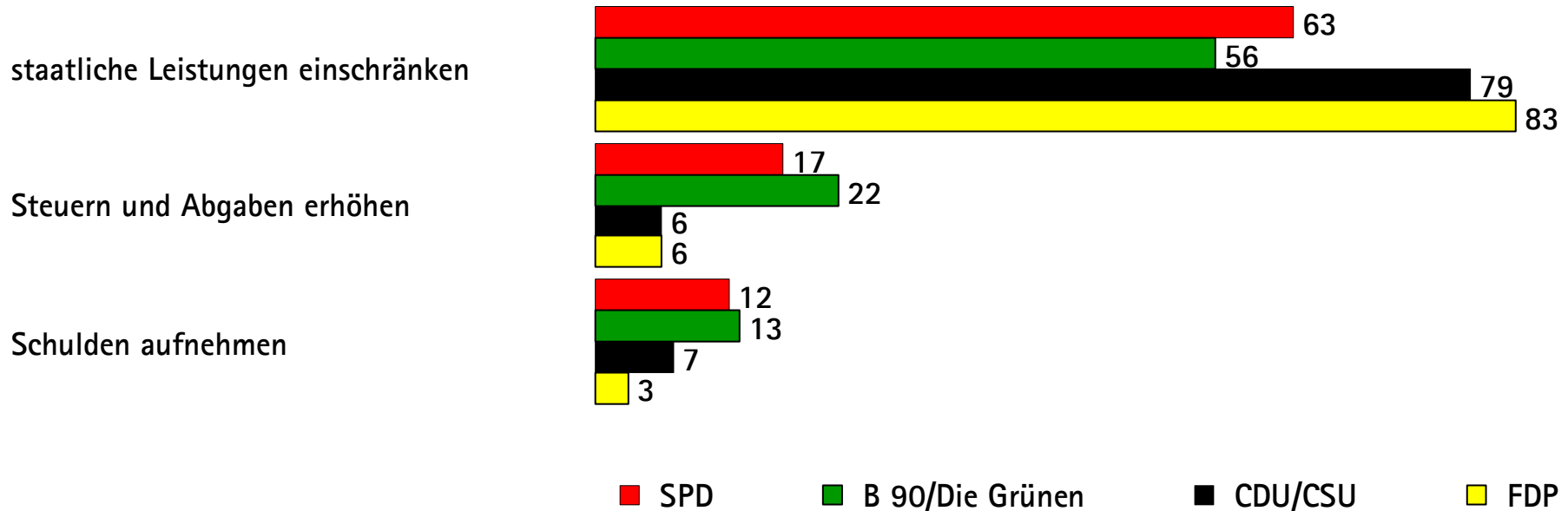
Akzeptanz von Lösungsmöglichkeiten: Region



Akzeptanz von Lösungsmöglichkeiten: Haushaltsnettoeinkommen



Akzeptanz von Lösungsmöglichkeiten: Bundestagswahlabsicht

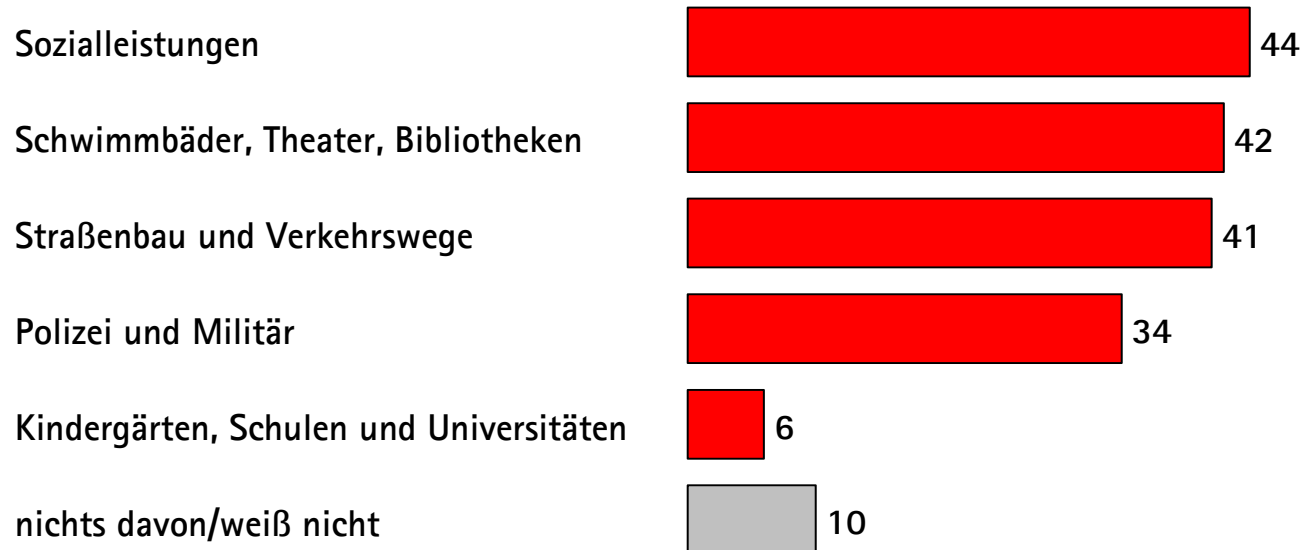


Basis: 1.016 Befragte (18+)

Angaben in Prozent

Einschränkung staatlicher Leistungen: Gesamt

Welche der folgenden staatlichen Leistungen würden Sie einschränken?

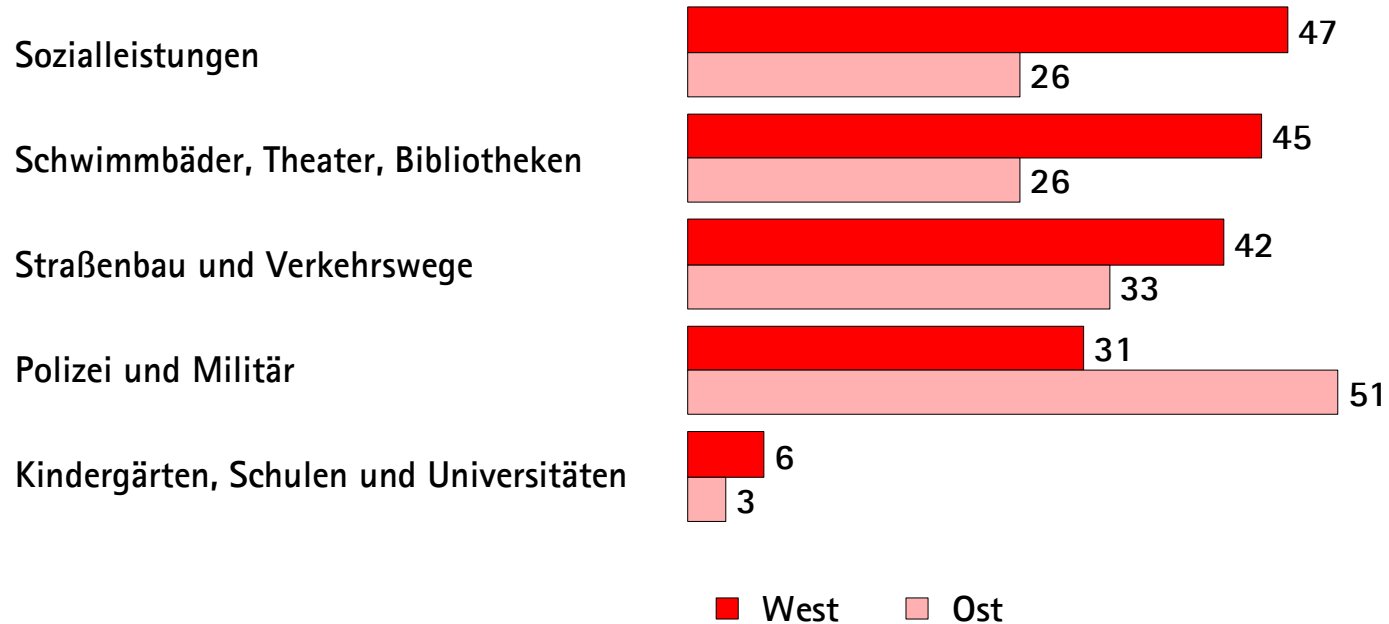


Basis: 690 Befragte (18+), die glauben, dass staatliche Leistungen eingeschränkt werden müssen; Mehrfachnennungen möglich

Angaben in Prozent

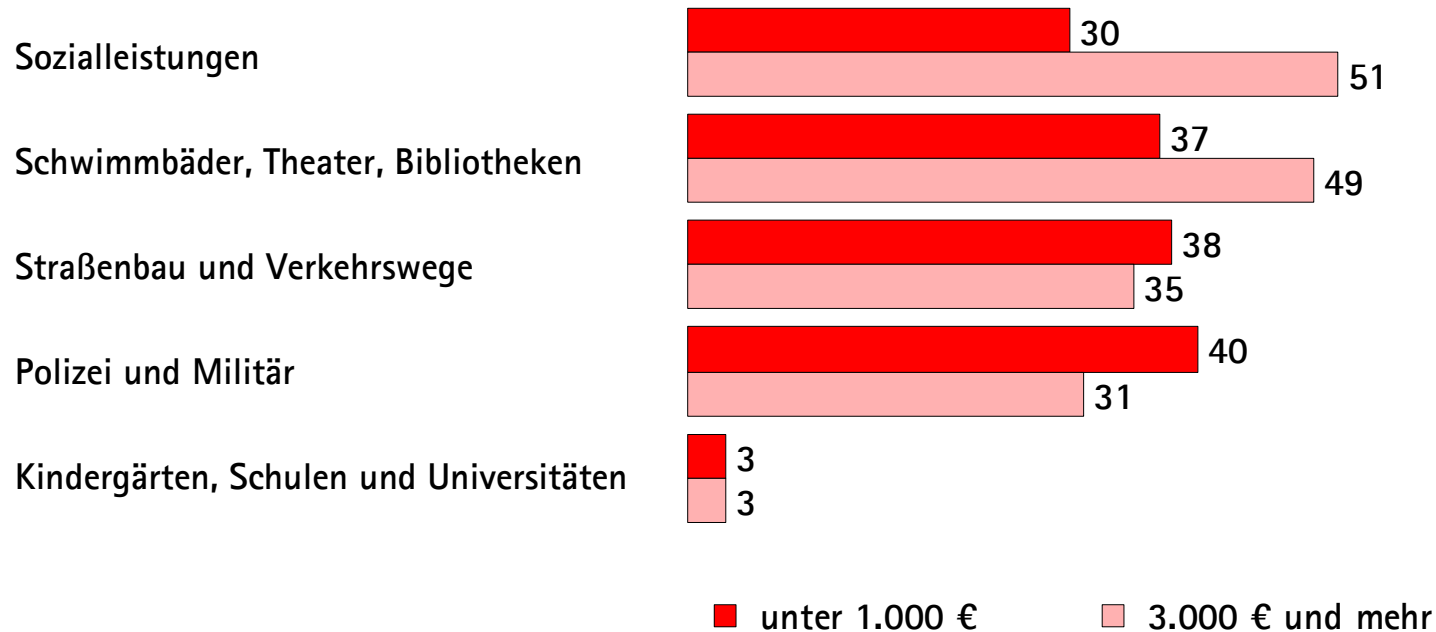
forsa. P3740/12522.11 11/03 Sm/Ty

Einschränkung staatlicher Leistungen: Region



Basis: 690 Befragte (18+), die glauben, dass staatliche Leistungen eingeschränkt werden müssen; Mehrfachnennungen möglich

Einschränkung staatlicher Leistungen: Haushaltsnettoeinkommen



Basis: 690 Befragte (18+), die glauben, dass staatliche Leistungen eingeschränkt werden müssen; Mehrfachnennungen möglich

Einschränkung staatlicher Leistungen: Bundestagswahlabsicht

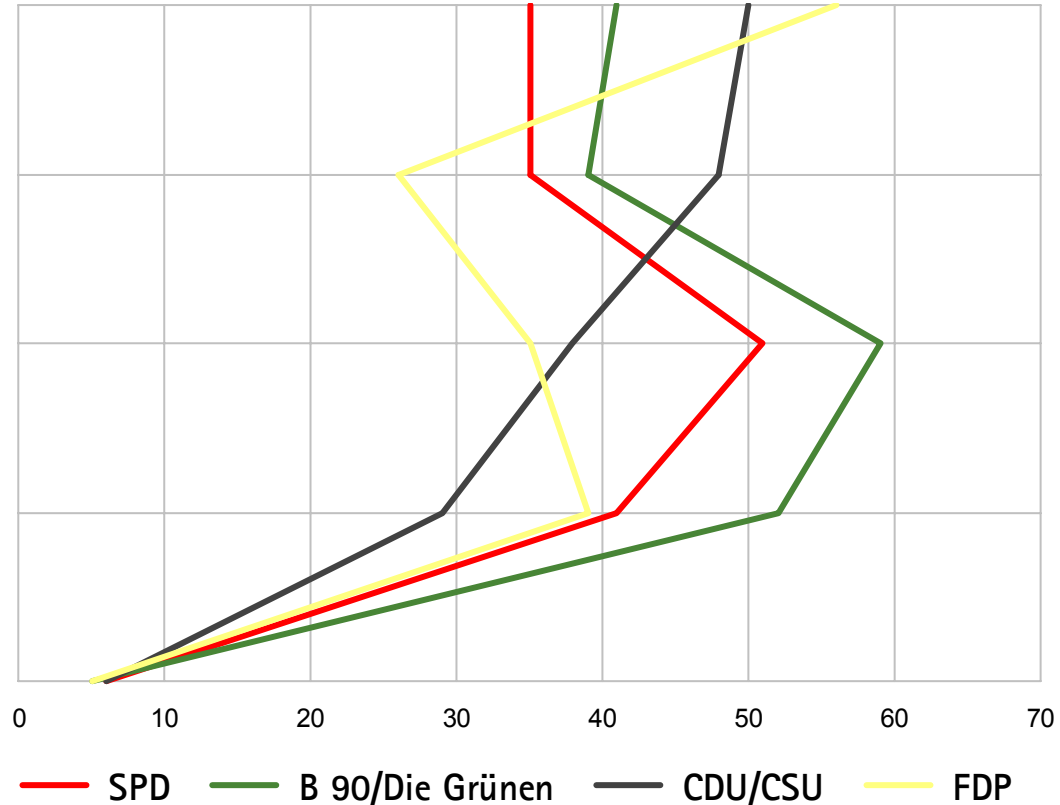
Sozialleistungen

Schwimmbäder, Theater, Bibliotheken

Straßenbau und Verkehrswege

Polizei und Militär

Kindergärten, Schulen und Universitäten

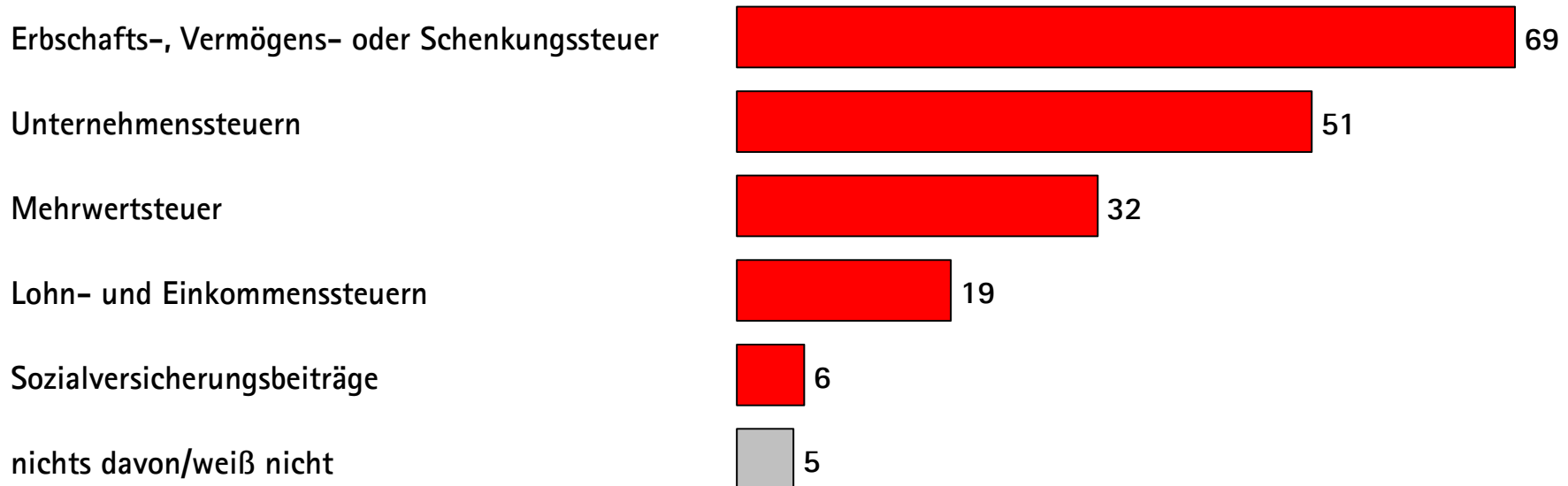


Basis: 690 Befragte (18+), die glauben, dass staatliche Leistungen eingeschränkt werden müssen; Mehrfachnennungen möglich

Angaben in Prozent

Erhöhung von Steuern und Abgaben

Welche der folgenden Steuern oder Abgaben würden Sie erhöhen?



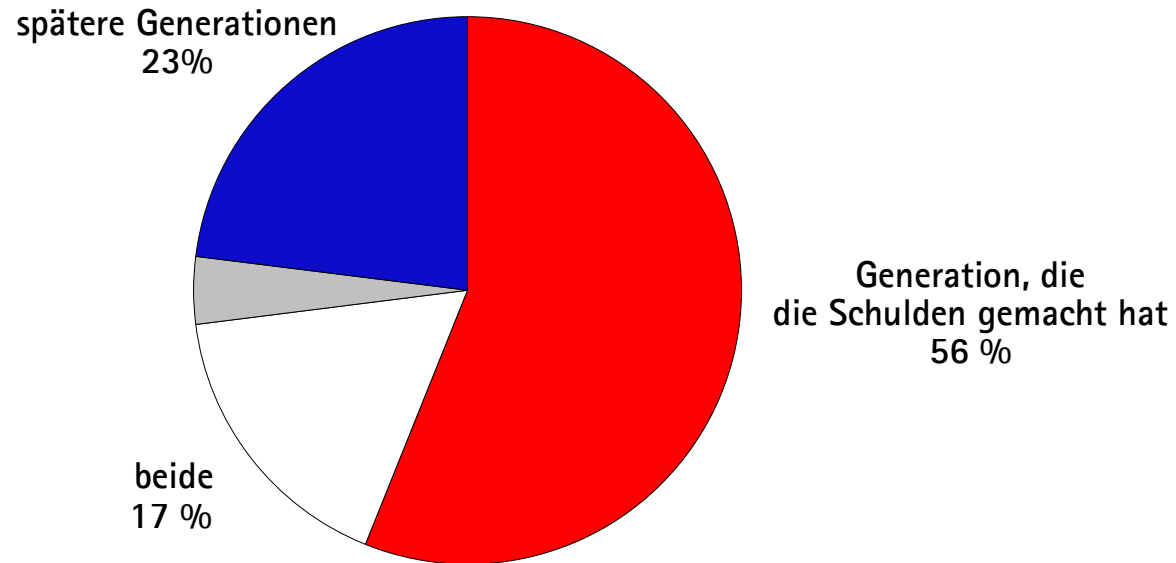
Basis: 107 Befragte (18+), die glauben, dass Steuern und Abgaben erhöht werden müssen; Mehrfachnennungen möglich

Angaben in Prozent

forsa. P3740/12522.15 11/03 Sm/Ty

Abbezahlen der Staatsschulden

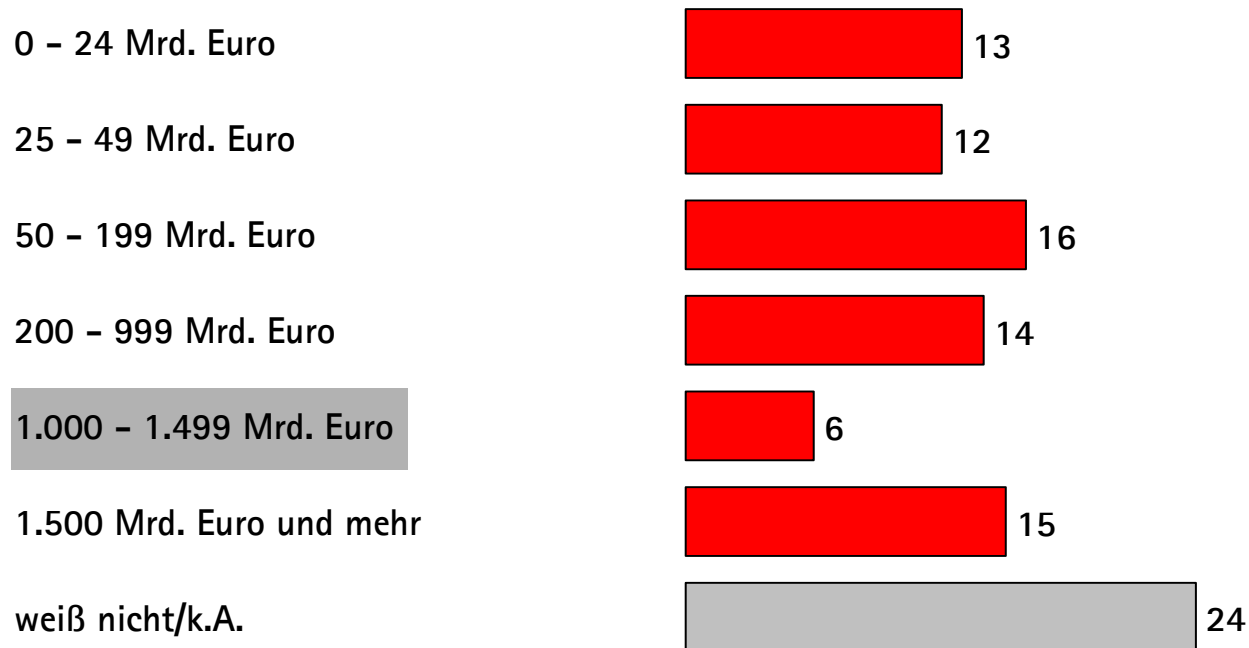
Wer sollte diese Schulden abbezahlen: die Generation, die die Schulden gemacht hat oder spätere Generationen?



Basis: 107 Befragte (18+), die glauben, dass Schulden aufgenommen werden müssen

Geschätzte Höhe der Staatsverschuldung in Deutschland: Gesamt

Wie hoch ist die Staatsverschuldung in Deutschland (Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden)?

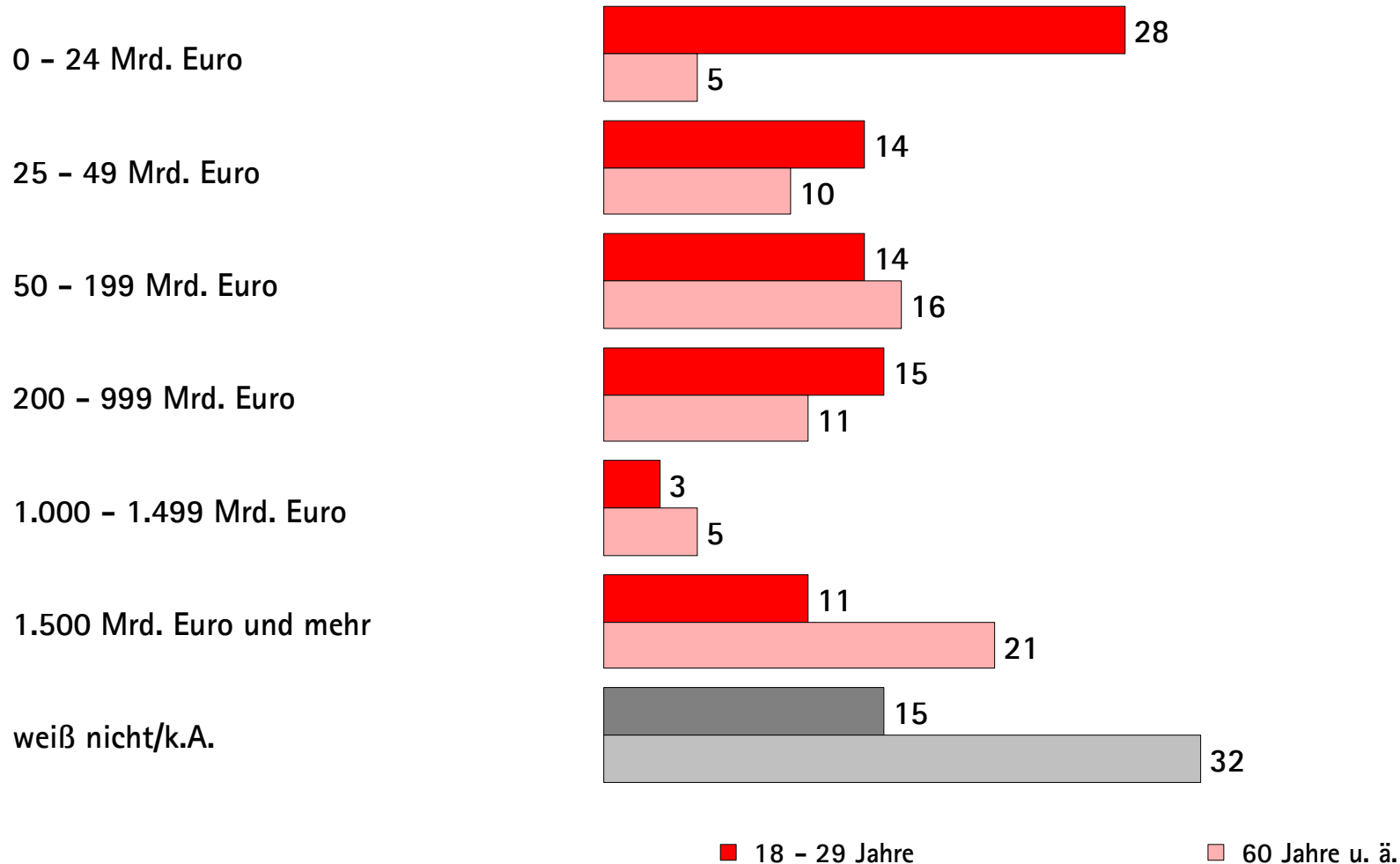


Basis: 1.016 Befragte (18+); offene Frage (die Höhe der Staatsverschuldung beträgt zur Zeit rund 1.300 Mrd. Euro)

Angaben in Prozent

forsa. P3740/12522.17 11/03 Sm/Ty

Geschätzte Höhe der Staatsverschuldung in Deutschland: Alter



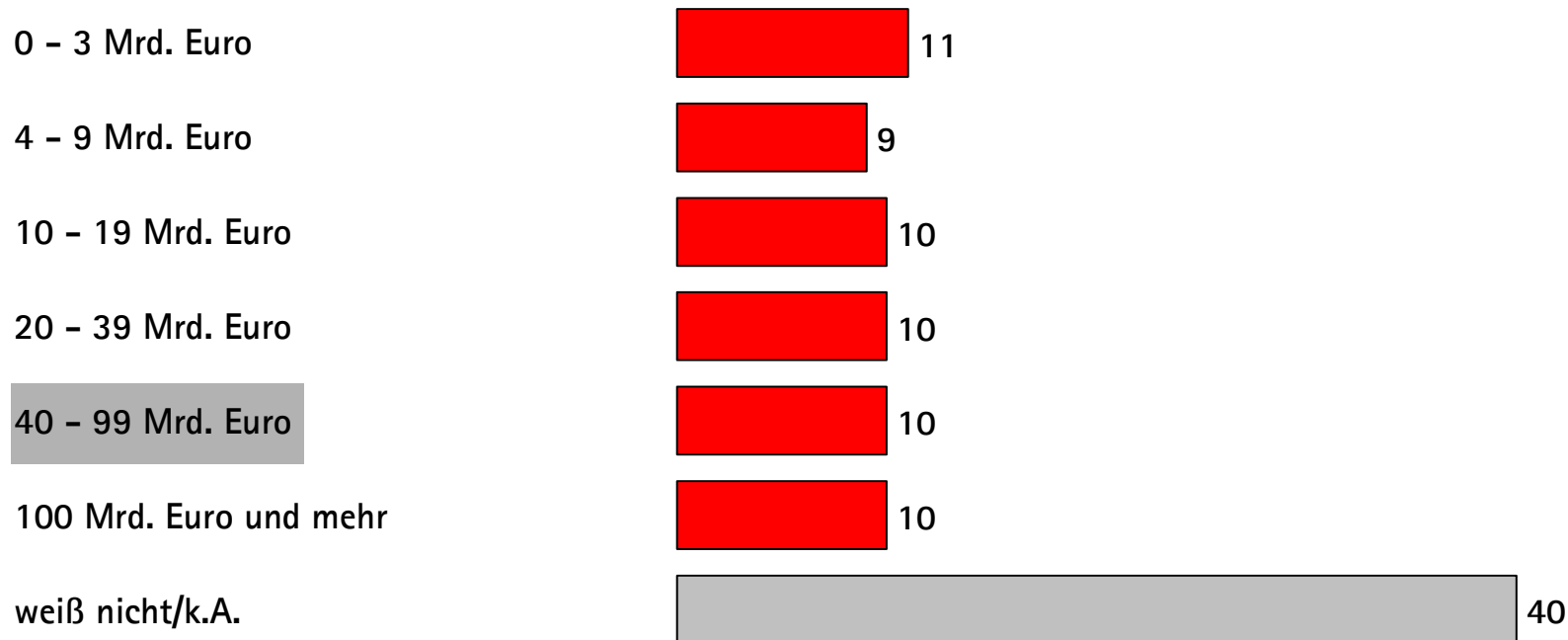
Basis: 1.016 Befragte (18+); offene Frage

Angaben in Prozent

forsa. P3740/12522.18 11/03 Sm/Ty

Geschätzte Höhe der jährlichen Zinszahlungen für Staatsschulden

Wie viele Milliarden Euro Zinsen müssen Bund, Länder und Gemeinden jedes Jahr für diese Schulden zahlen?



Basis: 1.016 Befragte (18+); offene Frage (die Höhe der jährlichen Zinszahlungen für Staatsschulden beträgt zur Zeit rund 70 Mrd. Euro)

Angaben in Prozent

forsa. P3740/12522.19 11/03 Sm/Ty

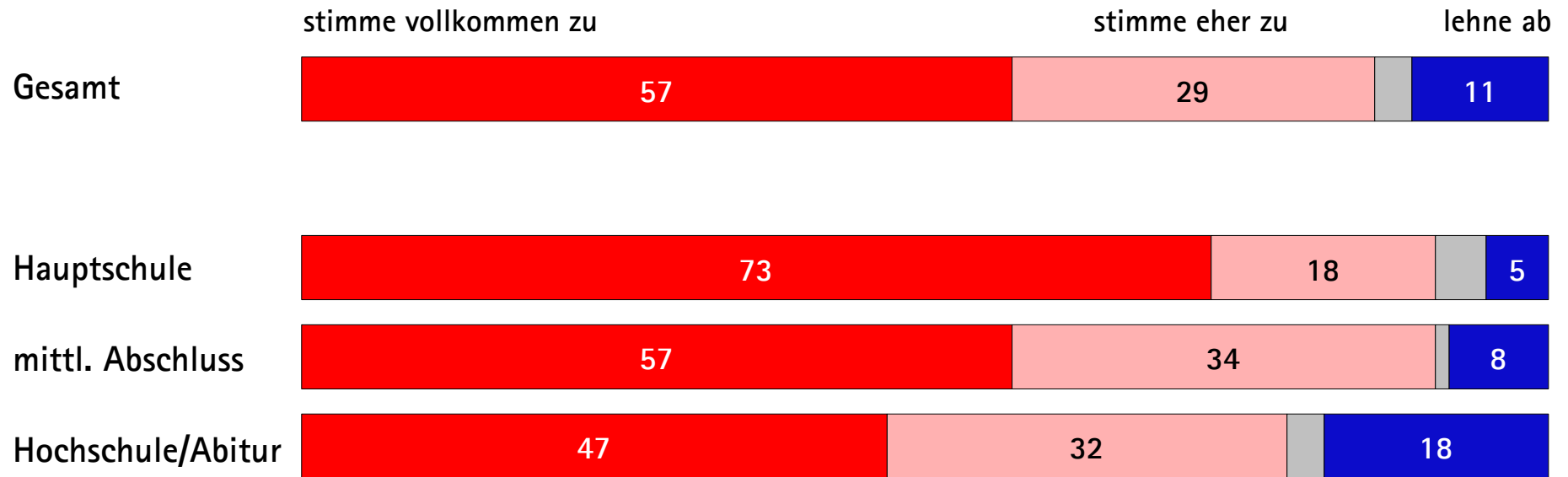
Privater Haushalt: Notwendigkeit eines schnellen Abbaus der Schulden

Wenn ein privater Haushalt Schulden für die Bezahlung von Urlaub, Autos oder anderen Konsumzwecken aufgenommen hat, ist es das allerwichtigste, dass er diese Schulden möglichst schnell abbaut.



Staat: Notwendigkeit eines schnellen Abbaus der Schulden

Wenn Bund, Länder und Gemeinden Schulden aufgenommen haben, ist es das allerwichtigste, dass sie ihre Schulden möglichst schnell abbauen.



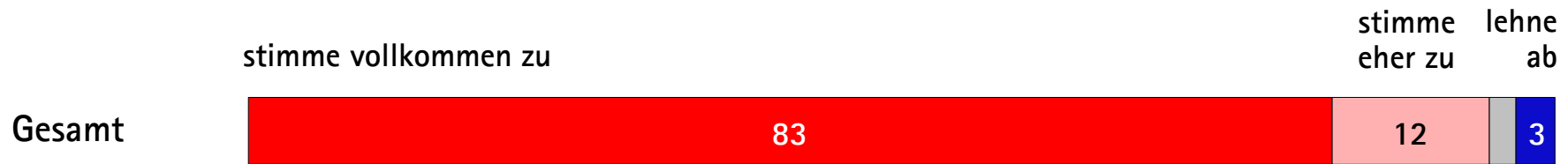
Basis: 1.016 Befragte (18+)

Angaben in Prozent

forsa. P3740/12522.21 11/03 Sm/Ty

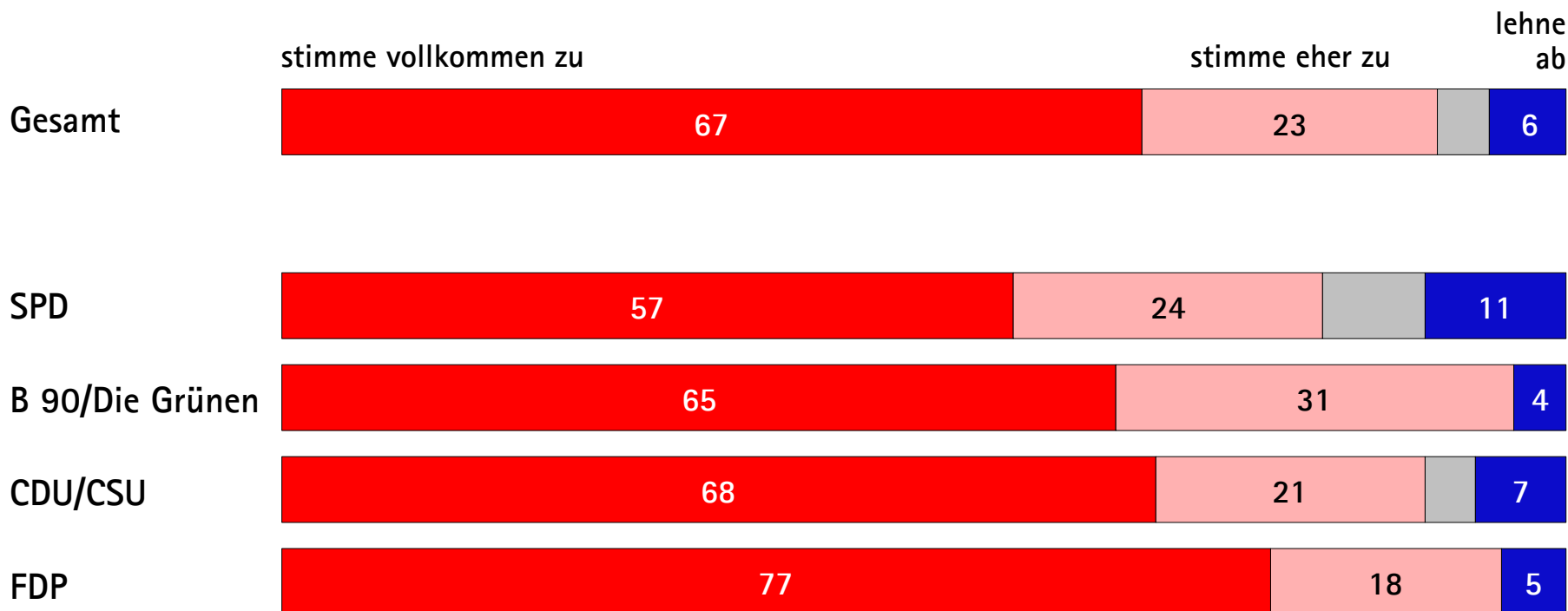
Pflicht zur Ablegung von Rechenschaft über finanzpolitische Situation

Bund, Länder und Gemeinden sollten zukünftig in der Öffentlichkeit klar und umfassend Rechenschaft über ihre finanzpolitische Situation ablegen.



Pflicht zur Abschätzung der Auswirkungen neuer Gesetze

Bevor wichtige Gesetze beschlossen werden, sollte eine Abschätzung vorliegen, welche Auswirkung die Gesetze auf den Schuldenstand von Bund, Länder und Gemeinden haben.



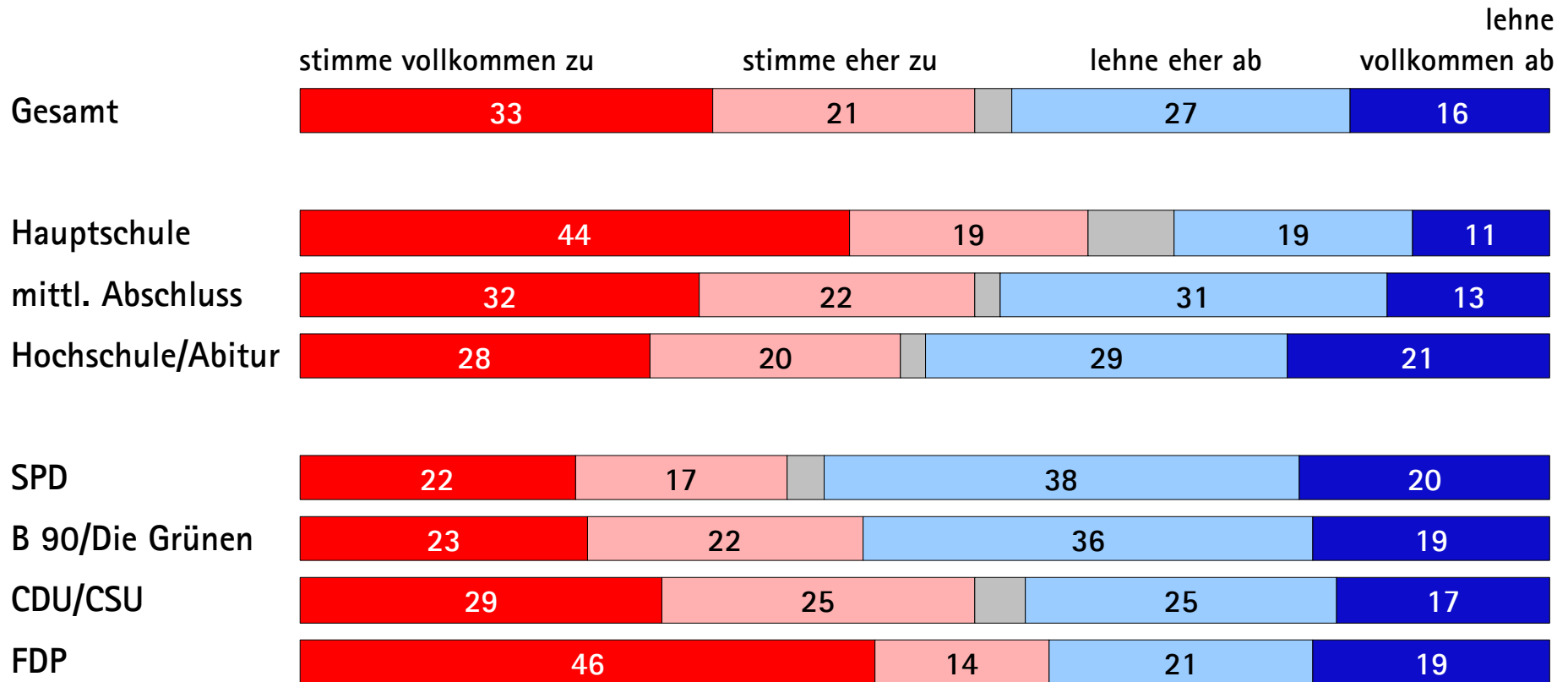
Basis: 1.016 Befragte (18+)

Angaben in Prozent

forsa. P3740/12522.23 11/03 Sm/Ty

Verbot von Schulden per Volksentscheid

Die Bürger sollten per Volksentscheid verbieten dürfen, dass der Bund, ihr Land oder ihre Gemeinde neue Schulden aufnehmen.



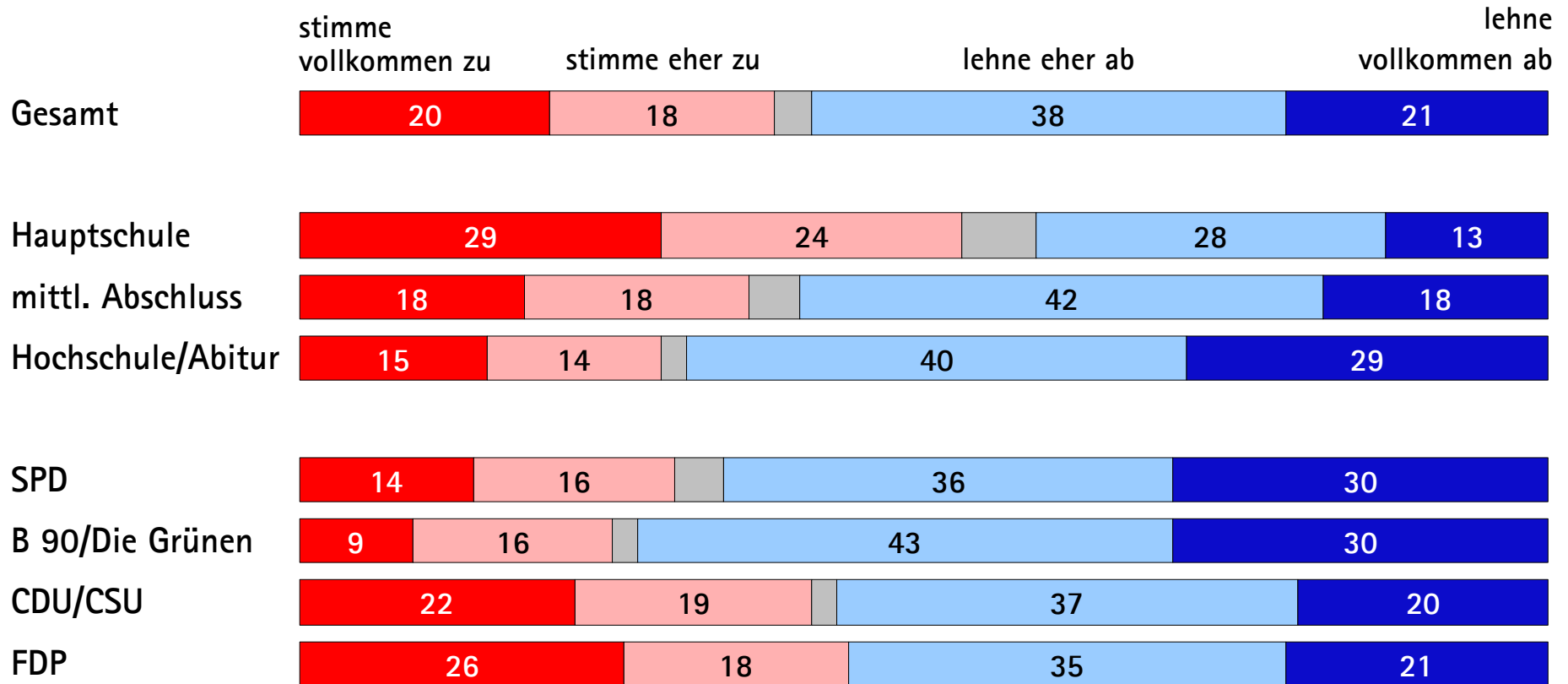
Basis: 1.016 Befragte (18+)

Angaben in Prozent

forsa. P3740/12522.24 11/03 Sm/Ty

Verbot von neuen Schulden durch Grundgesetz

Die deutsche Verfassung, das Grundgesetz, sollte es Bund, Ländern und Gemeinden verbieten, neue Schulden aufzunehmen.

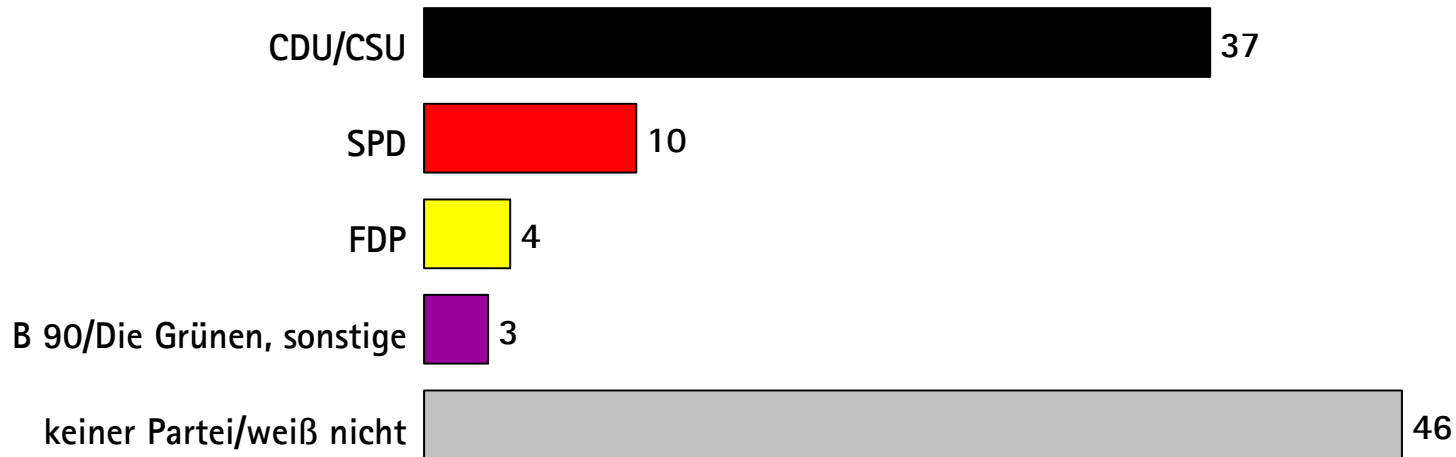


Basis: 1.016 Befragte (18+)

Angaben in Prozent

Kompetenz der Parteien zur Lösung des Verschuldungsproblems

Welcher Partei trauen Sie es am ehesten zu, die Probleme der Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen zu lösen?



Kompetenz der Parteien zur Lösung des Verschuldungsproblems: Region

